



SDA-Bulletin

Zürich, 16. November 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates

Das Personal an den Fachhochschulen wird in neue Kategorien eingeteilt. Der Kantonsrat hat das entsprechende Gesetz in erster Lesung beraten ([5589](#)). Neu gibt es die Kategorie «Professorin oder Professor». Diese sollen immer Praxiserfahrung mitbringen. Daneben gibt es das «Lehr- und Forschungspersonal», was die bisherigen Dozierenden, Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Mitarbeitenden umfasst. Die zweite Lesung findet in etwa vier Wochen statt.

In der Sekundarschule soll der Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen auch innerhalb einer Stammklasse möglich sein. Der Kantonsrat hat ein entsprechendes Postulat von SVP, FDP und EVP entgegen dem Antrag des Regierungsrates mit 167 zu 0 Stimmen überwiesen ([KR-Nr. 210/2018](#)).

Zürcher Beizen sollen ab 2021 wieder «Einarmlige Banditen» aufstellen dürfen, also Geschicklichkeits-Spielautomaten mit tiefen Einsätzen. Der Kantonsrat hat dies in zweiter Lesung mit 113 zu 47 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen ([5606](#)). Ratsmitglieder von Grünen, EVP sowie SVP und EDU wollen dies verhindern. Sie haben angekündigt, dass sie das Behördenreferendum ergreifen wollen. Kommt das Referendum zustande, wird das Volk voraussichtlich im Juni 2021 über die Vorlage entscheiden.

Der Kantonsrat hat dem Beitritt des Kantons Zürich zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat (GSK) und zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen (IKV 2020) mit 159 zu 0 Stimmen zugestimmt ([5607](#)). Mit dem Beitritt zu den beiden Konkordaten per 1. Januar 2021 wird sichergestellt, dass das bisherige System beibehalten werden kann. Demnach können Grosslotterien und grosse Sportwetten von einer von den Kantonen betriebenen Veranstalterin durchgeführt werden und die daraus erzielten Reingewinne kommen der Förderung des nationalen Sports und den Fonds der Kantone mit gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken zugute. Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Der Kantonsrat hat die erste Lesung eines Gesetzes abgeschlossen, welches Gemeinden während der Corona-Pandemie ermöglichen soll, Abstimmungen wie jene übers Budget und den Steuerfuss an der Urne statt an einer Gemeindeversammlung durchzuführen ([5662](#)). Das Gesetz ist befristet und gilt bis Ende März 2021. Was dann passiert, hängt von der Pandemie-Situation ab. Weil die Zeit drängt, findet die zweite Lesung bereits am nächsten Montag statt.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von FDP, SVP und EDU mit 114 zu 55 Stimmen bei 1 Enthaltung an die Regierung überwiesen ([KR-Nr. 178/2018](#)). Der Vorstoss fordert eine Eigentümerstrategie für die Universität Zürich. Die Regierung hat nun zwei Jahre Zeit für Bericht und Antrag.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der Grünen mit 95 zu 72 Stimmen an die Regierung überwiesen ([KR-Nr. 229/2018](#)). Die Regierung muss nun darlegen, wie der aktuelle Stand der Nachhaltigkeits-Bildung auf allen Stufen des Bildungssystems ist. Dazu soll die Regierung auch aufzeigen, wo bei Themen wie Umwelt oder Gesundheitsförderung Handlungsbedarf besteht.

Ein Postulat von SP, Grünen und EVP hat der Kantonsrat mit 89 Nein- zu 75 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt ([KR-Nr. 269/2018](#)). Der Vorstoss wollte verhindern, dass Jugendliche im Sozial- und Gesundheitswesen übermässig viele Praktika machen müssen und somit als günstige Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Die Regierung betonte, dass sie sich bereits auf nationaler Ebene für dieses Anliegen einsetze.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative eines Winterthurer Bürgers mit 44 Stimmen nicht vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 260/2020](#)). Nötig gewesen wären 60 Stimmen. Mit der Initiative wurde die vollumfängliche Sicherung der historischen Kulturgüter auf dem Gelände des Militärflugplatzes Dübendorf gefordert.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative eines Ustermer Bürgers mit 74 Stimmen vorläufig unterstützt. Mit der Initiative wird der Bau einer Unterführung an der Winterthurerstrasse in Uster als Ersatz für den Barrieren-Bahnübergang gefordert ([KR-Nr. 306/2020](#)). Zudem soll der 21-Millionen-Kredit für die Umfahrung «Uster West» aufgehoben werden.

(sda)